

## Pressemitteilung

Verband der Universitätsklinika Deutschlands e. V.

Kordula Merk

01.02.2011

<http://idw-online.de/de/news407126>

Organisatorisches, Wissenschaftspolitik  
Ernährung / Gesundheit / Pflege, Medizin, Politik  
überregional



## Rund 2.500 Unterschriften gegen das Universitätsmedizingesetz übergeben

**Hochschulmedizin-Verband: Gesetz stoppen und Schaden von der Hochschulmedizin in Baden-Württemberg abwenden** Rund 2.500 Unterzeichner haben auf der Homepage [www.stopp-unimedgesetz.de](http://www.stopp-unimedgesetz.de) den Verzicht auf das Universitätsmedizingesetz gefordert, das der baden-württembergische Landtag am 3. Februar 2011 beschließen soll. Die Online-Petition hat die Deutsche Hochschulmedizin heute Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) sowie der FDP übergeben.

Angesichts der unbestrittenen Erfolge der baden-württembergischen Hochschulmedizin sei das Gesetz unnötig und werde ihr Schaden zufügen, erklären die Vertreter der Hochschulmedizin. „Entgegen der Koalitionsvereinbarung führt das Gesetz nicht zu mehr Handlungsfreiheit, sondern schränkt diese ein“, heißt es in dem Anschreiben an den Ministerpräsidenten. In einem weiteren Brief an die FDP-Minister Ernst Pfister und Ulrich Goll und die FDP-Landtagsabgeordneten werden diese aufgefordert, die von ihr noch zu Beginn der Legislaturperiode in Aussicht gestellte größere Handlungsfreiheit für die Uniklinika in die Tat umzusetzen und gemäß ihren eigenen Prinzipien für weniger staatliche Einflussnahme zu sorgen.

Die Homepage [www.stopp-unimedgesetz.de](http://www.stopp-unimedgesetz.de) wurde auf Initiative des Verbands der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) eingerichtet, der gemeinsam mit dem Medizinischen Fakultätentag den Dachverband Deutsche Hochschulmedizin e.V. bildet.

Unterstützung aus Bevölkerung, bundesweiter Hochschulmedizin und Politik

In den vergangenen zehn Tagen haben sich insbesondere Beschäftigte, Professorinnen und Professoren sowie Studierende der Universitätsklinika Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm auf der Homepage eingetragen. Auch aus der Bevölkerung kam Unterstützung für das Anliegen, die Hochschulmedizin in Baden-Württemberg nicht zu schwächen. Zu den Unterzeichnern der Online-Petition zählen zudem Dekane, Ärztliche und Kaufmännische Direktoren aus der bundesweiten Hochschulmedizin – z.B. München, Erlangen, Würzburg, Frankfurt, Göttingen, Bonn, Münster und Hannover – sowie Landtagsabgeordnete und -kandidaten einschließlich weiterer Politiker bis hin zum Europäischen Parlament.

Am 31. Januar hatten zudem 143 Medizin-Professoren aus Baden-Württemberg mit einer ganzseitigen Anzeige in der Stuttgarter Zeitung und den Stuttgarter Nachrichten vor dem Entwurf gewarnt. Zuvor hatte bereits der Personalrat des Universitätsklinikums Heidelberg 1.000 Unterschriften an den Heidelberger CDU-Landtagsabgeordneten Werner Pfisterer übergeben.

Kontakt  
Verband der Universitätsklinika Deutschlands e.V. (VUD)  
Kordula Merk



Alt-Moabit 96  
10559 Berlin  
Tel.: +49 (0) 30 3940517-23  
Fax: +49 (0) 30 3940517-17  
Email: [merk@uniklinika.de](mailto:merk@uniklinika.de)  
Website: <http://www.uniklinika.de>

URL zur Pressemitteilung: <http://www.stopp-unimedgesetz.de> Information und Petition zum  
Universitätsmedizingesetz im Internet:

Anhang 2500 Unterschriften gegen Universitätsmedizingesetz\_Emails <http://idw-online.de/de/attachment7471>